



Keupers

kritischer

Kommentar

10-02-2018

Oktober 2018

„Große Teile des Volkes sind (politisch) dumm.“

Diese sehr provokante Aussage stammt von dem bekannten Politikwissenschaftler und bekannten Autor Prof. Dr. Herfried Münkler (Berlin), während eines Interviews im Deutschlandfunk Kultur, am 19. November 2016. Er sprach in diesem Interview darüber, dass die Willensbildung des Volkes etwas Schwieriges ist und was die Politik herausfordere, indem sie den Menschen erklären muss, was die Probleme der getroffenen, respektive der noch zu beschließenden Entscheidungen und welche Veränderungen oder Folgerungen zu erwarten sind. „Ja, ja, er ist so schon so“, so sein Resümee, „dass viele Leute wenig Ahnung von bestimmten Problemen (einer politischen Entscheidungsfindung) haben, sei es, dass sie keine Zeit haben (darüber nachzudenken), sei es, weil sie sich auch nicht dafür interessieren“. Es entstehe so mehr aus Unkenntnis bei vielen eine Art des Misstrauens, daraus das Gefühl: „man werde an der Nase herumgeführt“, so dass ein großer Teil der Bevölkerung, die nicht genügend informiert sind und sich auch keine Mühe geben informiert zu sein, aber glauben, dafür um so besser genau zu wissen was der Fall ist, was sie meist lautstark verkünden. „Aber, sie sind (im Grunde genommen politisch) dumm, wenn man das mal so zusammenfassen soll“, so Herfried Münkler.

Natürlich ist eine solche Aussage sehr provokant, soll wohl auch so sein, und viele Menschen im Lande werden ihr vehement widersprechen. Doch wenn man aus eigener täglicher Erfahrung diese Aussage mal realistisch betrachtet, ist oftmals so eine Feststellung nicht grundsätzlich von der Hand zu weisen. Viele der Mitmenschen sagen einem, wenn man mit ihnen einmal über Politik sprechen will, „ich interessiere mich nicht für Politik“, aber schimpfen bei jeder sich bietenden Gelegenheit: „über die da Oben, in Berlin, (oder auch in Mainz oder Stuttgart, Düsseldorf, Wiesbaden oder anderer Landeshauptstadt), mit ihren Beschlüssen, die haben doch keine Ahnung was unten los ist!“

Der mündige Bürger ist das Fundament der Demokratie.

Dabei vergessen diese lieben Mitbürgerinnen oder Mitbürger, dass Demokratie von der Mitarbeit, von der Mitgestaltung seiner Bürgerinnen und Bürger lebt. Das heißt, dass diese sich in die Politik einbringen, dass sie sich über die politischen Problembewältigungen, über politische Gestaltungsmöglichkeiten informieren müssen. Wer von sich sagt: „Ich interessiere mich nicht für Politik“, bekennt damit, dass er damit keine Demokratie will, dass er anderen

die Möglichkeit einräumt, nach ihrem Gusto die Demokratie zu gestalten, für ihn die demokratischen Entscheidungen zu treffen. Damit darf, damit sollte er aber auch nicht mehr über die Politik, über politische Entscheidungen sich kritisch äußern, denn er hat ja selber auf die Mitsprache, auf die Mitgestaltung verzichtet!

Fazit: Um in einer freien Demokratie zu leben, bedarf es der Teilhabe seiner Bürgerinnen und Bürger. Um eine Teilhabe zu ermöglichen, muss man sich aber über die politischen, oft sehr komplexen und sehr schwierig zu verstehenden Themen informieren (lassen). Dazu braucht man gewisse Zeitaufwendungen, die zugegebener Maßen, mancher der hart arbeitenden Menschen nicht aufbringen kann, nicht aufbringen will, wenn er nach getaner Arbeit abgespannt und erschöpft den Feierabend genießen möchte. Dazu kommt, dass die Tagespresse und die Fernsehmedien politische Themen meist nur unzureichend darbieten. Meist liegt bei ihnen in der Kürze die Würze, das heißt, sie verbreiten meist parolenhafte, schlagwortartige politische Informationen, die des Öfteren dann auch noch einseitig orientiert erscheinen. Im Fernsehen sind in späten Abendstunden dann auch mal umfassendere Informationen im Programm, aber bei den Druck-Erzeugnissen muss man entsprechende Magazine extra abonnieren, und die kosten Geld.

Nur das politische Gespräch von Mensch zu Mensch kann überzeugen.

Um die Bürgerinnen und Bürger über politische Themen, über getroffene oder noch zutreffende politische Entscheidungen nebst Hintergrundinformationen zu informieren, müssen die politischen Parteien oder Organisationen wesentlich mehr tun als bisher.

Das macht erforderlich, eine persönlichere Direktheit der Parteienarbeit. Auch wenn sie die digitalen Medien benutzen, wie Twitter und Facebook, sollten die Parteien gleichzeitig die enge Zusammenarbeit von Mensch zu Mensch suchen und den Einzelnen wieder in den Mittelpunkt einer intensiven personenbezogenen Informationspolitik stellen, sich dabei als Plattform einer freiheitlichen Demokratie verstehen. Denn die Unmittelbarkeit der politischen Arbeit vor Ort, eben von Menschen zu Menschen, die miteinander sprechen, sich freundschaftlich die Hand geben und sich in die Augen sehen, ist die einzige Quelle der Übertragung überzeugender politischer Vorstellungen und weniger die Flyer oder andere unpersönliche Druckerzeugnisse,

Die SPD als Volkspartei von morgen braucht Führungspersönlichkeiten.

Wenn die SPD wieder zur Volkspartei aufsteigen will, muss sie wieder der Ort sein, in welchem die Menschen mit unterschiedlichen persönlichen, sozialen und beruflichen Background zusammenstehen und gemeinsam in Solidarität für eine freie, soziale und gerechte Demokratie eintreten. Dazu bedarf es nicht eine Erneuerung der Partei, sondern nur eine Besinnung auf die Regeln der traditionellen Politikvorstellungen der Sozialdemokratie, angepasst an die gesellschaftlichen Veränderungen des 21. Jahrhunderts, angepasst an die Situationen der sich entwickelnden digitalen Evolution, angepasst an den nötigen gesellschaftlichen Umbau hinsichtlich der Erfordernisse eines nötigen sozialen Klima- und Umweltschutzes.

Dazu braucht die Partei entsprechendes Zukunftsprogramme, für die „Arbeit von morgen“, für „Wohlstand für alle“, für „ein neues Miteinander“ und für „Wir und die Welt“, welche von starken Führungspersönlichkeiten kraftvoll vertreten werden. Denn viele Mitmenschen wol-

len die starken Führungspersonlichkeiten, die beweisen, dass Veränderungen möglich sind! Wenn die Vorstellungen der Gemeinsamkeit einer progressiven SPD-Politik überzeugend von ihnen den Wählerinnen und Wählern dargestellt wird, wenn sie umfassend in Gesprächen diese von unseren Zukunftsideen überzeugen, vielleicht sogar begeistern können, dann werden sie sich wieder der SPD-Politik anvertrauen und sich für unsere Demokratie engagieren, wie es in den 70er Jahren unter einer Führungspersönlichkeit wie Willy Brandt einmal war.

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 25. Oktober 2018,

Heinrich Keuper